



DIE WELT, 03.08.2021, Nr. 178, S. 13 / Ressort: FINANZEN

Rubrik: Finanzen

Die wahren Profiteure der Bundestagswahl

Internationale Investoren schauen diesmal gespannt auf die Wahlen in Deutschland. Je nach Ausgang dürften unterschiedliche Firmen gewinnen. Auch Kleinsparer können darauf setzen.

Frank Stocker

Im vergangenen Jahrzehnt waren Bundestagswahlen für die internationalen Finanzmärkte Non-Events. Wer Kanzlerin blieb, war ohnehin klar, und somit waren auch keine großen Verschiebungen in der politischen Ausrichtung zu erwarten. Doch das ist diesmal anders.

Investoren aus aller Welt schauen derzeit gebannt nach Deutschland, verfolgen intensiv die Umfragen und stellen sich auf mögliche Veränderungen nach dem 26. September ein. Sie haben Branchen und einzelne Aktien definiert, die gewinnen oder verlieren dürften, je nachdem, wie die künftige Regierung und ihr Programm aussieht. Daran können sich auch Kleinsparer orientieren, wenn sie sich auf mögliche Umbrüche einstellen wollen.

"Für internationale Investoren ist die Bundestagswahl ein wichtiges Ereignis", sagt Elliott Hentov, Leiter der Politikanalyse beim US-Finanzdienstleister State Street Global Advisors. Dabei geht es den Großanlegern aus Asien oder Amerika vor allem um das Signal, das von der Bundestagswahl ausgeht, auch und gerade über Deutschland hinaus. "Sie sehen die deutsche Wahl in gewissem Sinne als eine Europawahl."

Denn in Deutschland wird auch darüber entschieden, wie es mit der EU weitergeht. Bei den Investoren weltweit kam der EU-Wiederaufbaufonds, der im vergangenen Jahr beschlossen wurde, extrem gut an. Und sie hoffen, dass Europa auf diesem Weg weiter vorangeht. "Sie sehen eine Vertiefung der europäischen Kapitalmärkte als entscheidenden Faktor für die Attraktivität der Region", sagt Hentov. Und ergänzt: "Denn das würde vor allem das Risiko für weitere Krisen wie die Euro-Krise mindern."

Ebenso wichtig sei, dass eine zukünftige Regierung endlich mehr investiere. "Deutschland hat ein riesiges Investitionsdefizit", sagt er. "Seit Jahren liegt es bei den Investitionen am unteren Ende der OECD-Rangliste." Dabei hat Deutschland extrem viel finanziellen Spielraum.

Das sieht Felix Hüfner, Volkswirt bei der Schweizer UBS, ganz ähnlich. "Deutschland hat über viele Jahre weniger investiert als andere Länder", sagt er. "Die schwarze Null wurde in der Vergangenheit vor allem dadurch erreicht, dass die Investitionen verringert wurden." Bei den Grünen sei der Wille am stärksten, dies zu ändern. "Sie wollen über die kommenden zehn Jahre 50 Milliarden Euro pro Jahr an zusätzlichen Investitionen", sagt Hüfner. "Damit läge Deutschland dann wenigstens wieder auf dem Niveau von Frankreich." Beispiele dafür, wo das Geld investiert werden sollte, gibt es laut dem UBS-Volkswirt zuhauf: von Brücken und dem Bahnnetz über Schulen und die Digitalisierung bis zur Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität und den Klimaschutz generell.

Investoren fürchten, dass auch künftig Investitionen zu kurz kommen, weil die Fiskalpolitik einseitig auf einen ausgeglichenen Etat ausgerichtet sein könnte. "Das steht im diametralen Gegensatz zu dem, was internationale Investoren, und nicht nur sie, für angebracht halten", sagt Hentov. Er sähe vor allem eine Beteiligung der FDP an der Regierung negativ, weil diese seiner Meinung nach für diese traditionelle Finanzpolitik stehe. Hüfner jedoch weist darauf hin, dass auch die FDP sich für verstärkte Investitionen ausspreche. "Das geht in eine ähnliche Richtung, sie möchte das aber eher privat finanzieren."

Ein Problem für verstärkte öffentliche Investitionen dürfte sein, dass die Schuldenbremse enge Grenzen setzt. Für Hüfner wäre eine Reform daher positiv, doch daran glaubt er nicht. "Der Spielraum, den sie bietet, sollte daher so weit wie möglich genutzt werden." Das sei insbesondere auch auf europäischer Ebene wichtig. Dort sind die Schuldenregeln derzeit außer Kraft gesetzt wegen der Folgen der Pandemie. Nach bisheriger Beschlusslage würden sie ab 2023 wieder gelten, doch vieles spreche dafür, diese Phase zu verlängern, so Hüfner.

"Will man das, muss man darüber jedoch im ersten Halbjahr 2022 beschließen", sagt er. Das wäre in einer Zeit, da Frankreich die Ratspräsidentschaft innehat und dort die Präsidentschaftswahl stattfindet. Und gleich zu Beginn der Amtszeit einer neuen Regierung stünde eine der wichtigsten außen- und finanzpolitischen Entscheidungen an. Hierfür seien die Grünen und die SPD offener als Union und FDP.

In der Klimapolitik sieht Hüfner dagegen inzwischen gar nicht mehr allzu große Gegensätze. Die große Koalition hat die Vorgaben mit ihren jüngsten Beschlüssen nochmals deutlich verschärft, und fast alle Parteien plädieren für einen schnelleren

Ausbau der erneuerbaren Energien und setzen auf einen höheren CO2-Preis.

Größere Streitpunkte beinhalten in seinen Augen die Immobilienpolitik, wo das linke Spektrum der Parteien für stärkere Eingriffe plädiert, sowie die Arbeitsmarktpolitik, wo SPD, Grüne und Linke eine starke Anhebung des Mindestlohns fordern. Die stärksten Auswirkungen auf den Kapitalmarkt wären zu befürchten, wenn es entweder zu einer schwarz-gelben Koalition reichen würde oder wenn andererseits ein Linksbündnis die Regierung übernehme. Doch davon gehen derzeit die meisten Beobachter nicht aus.

Hendrik König, Aktienstrategie beim Bankhaus Metzler, glaubt vielmehr, dass es unter den vier Parteien CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP zu einer Dreierkoalition oder auch zu einer Zweier-Koalition nur zwischen CDU/CSU und den Grünen kommt. Und diese legen weitgehend die gleichen Schwerpunkte.

Im Fokus seien bei allen der Ausbau der Infrastruktur, die Digitalisierung sowie die Energie- und Umweltpolitik. "Zu den Gewinnern der Bundestagswahlen dürften folglich vor allem diejenigen Unternehmen gehören, deren Geschäftsmodell dazu beiträgt, die von den großen Parteien avisierte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben", sagt er.

Felix Hüfner von der UBS kommt zu ganz ähnlichen Schlüssen. "Profitieren dürften Branchen wie der Maschinenbau wegen der wahrscheinlich steigenden Investitionen", sagt er, "aber auch Versorger wie RWE oder Firmen die vom Trend zur Elektromobilität profitieren, wie beispielsweise Volkswagen." Unter den Verlierern sieht er Fluglinien oder Unternehmen der Chemiebranche.

Die Metzler-Analysten haben vor diesem Hintergrund eine Liste von 21 deutschen Unternehmen erstellt, die ihrer Meinung nach hiervon besonders stark profitieren dürften. Diese sind Allianz, Commerzbank, Hypoport, Vonovia, Deutsche Börse, Siemens, Sixt, VW, Norma, Drägerwerk, Traumhaus, Helma, Steico, Nordex, RWE, Energiekontor, ABO Wind, SMA Solar, Auto1, Manz und Infineon.

Frank Stocker

Die möglichen Gewinner und Verlierer der Wahl

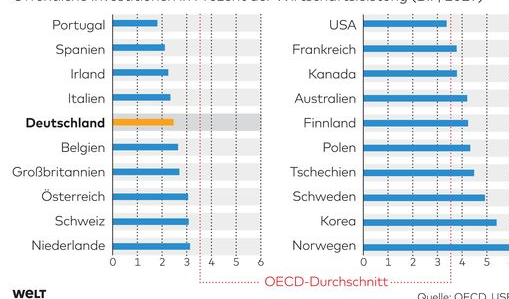
Branchen und Aktien, die von den wichtigsten Themenfeldern einer künftigen Regierung betroffen sind

	Maßnahmen				Am stärksten exponierte Aktien
	positiv	gemischt	negativ	begrenzt	
Luftfahrt/Rüstung					Airbus, MTU, Rheinmetall
Fluglinien					Lufthansa, Easyjet, Ryanair, National Express
Flughäfen					Fraport, Flughäfen Zürich
Bekleidung					Zalando, H&M
Auto					VW, BMW, Daimler, Continental
Investitionsgüter					Knorr-Bremse, Vestas, Siemens, Siemens-Gamesa, Siemens-Energy, Sandvik
Chemie					Yara, Linde, Air Liquide, Wacker, K+S, Covestro, Evonik, Lanxess, BASF, Johnson Matthey, Fuchs Petrolub
Bau					Heidelberg Cement
Logistik					Deutsche Post
Immobilien					Deutsche Wohnen, Alstria
Software					SAP, Software AG
Technologie					Infineon, STM
Telekommunikation					Deutsche Telekom
Versorger					RWE, E.ON, Orsted, Iberdrola

WELT * negativ für Sandvik, ** für Deutsche Post relativ zu ihren Wettbewerbern Quelle: UBS

Deutschland bleibt seit Jahren weit zurück

Öffentliche Investitionen in Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP, 2019)



Quelle: DIE WELT, 03.08.2021, Nr. 178, S. 13

Ressort: FINANZEN

Rubrik: Finanzen

Dokumentnummer: 178639149

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_b551b383d590c80aa5da44fd45d2e8ff239a2c25

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH